

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Finanzausschuss</b>		
Sitzungsort		
<b>Grundschule Ländchenweg, Ländchenweg 8, 58332 Schwelm</b>		
Datum	Beginn	Ende
<b>11.06.2015</b>	<b>18:35 Uhr</b>	<b>20:51 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Christoforidou, Elissavet  
Hortolani, Frauke Dr.  
Kick, Hans-Werner  
Philipp, Gerd E.

Vertretung für Frau Gabriele  
Tempel

Kampschulte, Matthias  
Lenz, Heinz-Jürgen  
Thier, Heinz Georg  
Zeilert, Hans-Jürgen  
Schwunk, Michael  
Gießwein, Brigitta  
Lubitz, Eleonore  
Burbulla, Johanna

Vertretung für Herrn Wulf  
Huppelsberg

Pfeffer, Jörg  
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Herrn Jürgen Kranz

## Vorsitzender

Kirschner, Thorsten

## stellv. Vorsitzender

Flüshöh, Oliver  
Gießwein, Marcel

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Baumeister, Dirk  
Eibert, Peter  
Heringhaus, Petra  
Lache, Wolfhard  
Müller, Ursula  
Rath, Christiane  
Riemann, Anja  
Rudolph, Heike  
Rüth, Christian

Schweinsberg, Ralf  
Stobbe, Jochen  
Weidner, Gabriele

### **Schriftführer/in**

Bach, Cornelia

Abwesend:

### **Mitglieder**

Tempel, Gabriele  
Huppelsberg, Wulf

vertreten durch Herrn Gerd Philipp  
vertreten durch Frau Johanna  
Burbulla

Kranz, Jürgen

vertreten durch Herrn Dr. Christian  
Bockelmann

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung
- 4 Mitteilungen
- 5 Haushaltssanierungsplan
- 5.1 Haushalt der Stadt Schwelm 2015 und Haushaltssanierungsplan 2016 ff 129/2015
- 5.2 Haushalt der Stadt Schwelm 2015 und Haushaltssanierungsplan 2016 ff 129/2015/1
- 6 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

# **A Öffentliche Tagesordnung**

## **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden**

Der Vorsitzende, Herr Kirschner, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

## **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Kirschner stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung des Finanzausschusses gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 26 der Geschäftsordnung für den RAT der Stadt Schwelm und seine Ausschüsse mit abgekürzter Ladungsfrist erfolgt ist. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Verfügung der Bezirksregierung Arnsberg „Fortschreibung 2015 des Haushaltsanierungsplans der Stadt Schwelm“ vom 27.05.2015. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben.

Herr Zeilert (CDU-Fraktion) merkt an, dass in der Einladung ein Beginn von 18.00 Uhr angekündigt gewesen sei und die Sitzung erst um 18.35 Uhr begonnen habe.

Herr Kirschner verweist auf den direkt unmittelbar zuvor tagenden Hauptausschuss, dessen Sitzung länger als geplant gedauert habe. Eine Unterbrechung oder ein Abbruch der Sitzung des Hauptausschusses kann nur durch diesen herbeigeführt werden. Da der Vorsitzende des Finanzausschusses kein Mitglied des Hauptausschusses ist, steht ihm insoweit nicht einmal ein Antragsrecht zu. Herr Kirschner regt insofern an, künftig innerhalb der Fraktionen über den Umgang mit aufeinanderfolgenden Sitzungen zu befinden und ggf. aus der vorausgehenden Sitzung heraus durch die Vertreter der jeweiligen Fraktion eine Unterbrechung oder den Abbruch zu beantragen, soweit dies gewünscht ist.

Danach erläutert Herr Kirschner die geänderte Tagesordnung und stellt diese zur Abstimmung. Unter den Ausschussmitgliedern herrscht Einvernehmen über die geänderte Tagesordnung

## **3 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung**

keine

## **4 Mitteilungen**

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die Verwaltung aufgrund der derzeitigen Haushaltslage Duldungsanträge an die Kommunalaufsicht bei dem Ennepe-Ruhr-Kreis gestellt habe. Darunter fallen beispielsweise die Kosten für das Gutachten zu einem möglichen „Kunstrasenprojekt“ auf dem Gelände „An der Rennbahn“, das Gutachten zur Zentralisierung der Verwaltung sowie der Erwerb von Grund-

stücksflächen. Er fasst das Antwortschreiben der Aufsichtsbehörde kurz zusammen und kündigt an, es morgen per Mail an die Ausschussmitglieder zu versenden.

Anschließend verliest Herr Schweinsberg das aktuelle Schreiben der Bezirksregierung zur „Fortschreibung 2015 des Haushaltssanierungsplans der Stadt Schwelm“ vom 10.06.2015, das dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

## **5 Haushaltssanierungsplan**

### **5.1 Haushalt der Stadt Schwelm 2015 und Haushaltssanierungsplan 2016 ff** **129/2015**

Die SV 129/2015 ist gegenstandslos und wird vollständig durch die SV 129/2015/1 ersetzt.

### **5.2 Haushalt der Stadt Schwelm 2015 und Haushaltssanierungsplan 2016 ff** **129/2015/1**

Herr Schweinsberg erläutert in seiner Rede die beiden Beschlussvorschläge, die aus Sicht der Verwaltung zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2015 und des Haushaltssanierungsplanes führen sollen.

Die gemäß dem Schreiben der Bezirksregierung vom 27.05.2015 nicht anerkannten Maßnahmen seien inzwischen aus dem Haushalt und gegebenenfalls aus dem Haushaltssanierungsplan gestrichen worden, werden jedoch unabhängig davon von der Stadt Schwelm weiterhin verfolgt.

Folgende Positionen sollen die nichtanerkannten Maßnahmen kompensieren:

1. Die Ferienfreizeit in Höhe von 10.000 € könne über Spenden gedeckt werden und somit im Jahr 2015 dennoch stattfinden.
2. Zwei Maßnahmen aus der Bauunterhaltung in Höhe von 140.000 € bei den Schulen werden zeitlich in die Jahre 2020/21 verschoben.
3. Die Zuführungen zu den Instandhaltungsrückstellungen für das VGII/III und die Kaiserstraße in Höhe von 145.000 € entfallen.
4. Die Personalkosten für einen Mitarbeiter aus dem FB 2, der in Rente gegangen ist, dessen Stelle keinen „kW-Vermerk“ hat und nur zu 50 Prozent wieder besetzt wird, könnten zu (den wegfallenden) 50 Prozent als Einsparpotential eingerechnet werden.
5. Bei den im kommenden Jahr auslaufenden Zinsvereinbarungen für langfristige Kredite könnte eine Senkung der Zinslast um 60.000 € erreicht werden.

Die restliche Lücke müsse über Hebesatzerhöhungen in variabler Höhe kompensiert werden, da kein weiteres Sparpotential vorhanden sei.

Herr Philipp (SPD-Fraktion) fragt nach, wie durch die Variation der Hebesätze die geforderte Kontinuität der Aufsicht erreicht werden könne.

Herr Schweinsberg stellt dar, dass die Stadt die Gleichmäßigkeit in der Haushaltskonsolidierung durch unterschiedliche Hebesätze erreichen könne. Gleichmäßige Hebesätze seien vom Gesetz nicht gefordert, die Konsolidierungsbeiträge sollten langfristig steigend verlaufen.

Herr Stobbe führt aus, dass in der Maßnahme zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung ein großer Anteil an Sachkosten enthalten sei. Hier sei ein Potential von rund 50 Prozent machbar, das nicht in der vorgelegten Tabelle enthalten sei. Die eine oder andere Verbesserung werde erst in den kommenden Jahren darstellbar sein, dazu müsse unter anderem zunächst der überarbeitete Stellenplan 2016 vorliegen. Es gehe heute um die Anerkennung des Haushaltes 2015. Seiner Meinung nach sei im Bereich „Organisation“ noch einiges machbar, aber die Darstellung und die Anerkennung durch die Bezirksregierung gestalte sich schwierig.

Herr Schwunk (FDP-Fraktion) erinnert an die Mahnungen aus der Politik und an das Gespräch in Arnsberg zur Haushaltsplanung 2015. Für ihn seien die Maßnahmen nicht nachvollziehbar. Es seien keine Vorschläge zur Vermeidung einer Hebesatzerhöhung gemacht worden. Die FDP-Fraktion werde gegen Steuererhöhungen stimmen.

Herr Flühöh (CDU-Fraktion) erinnert an einen Beschluss des Innenministeriums, wonach der Hebesatz nicht wieder abgesenkt werden dürfe. Er bittet um Klärung, ob die Verwaltung den Hebesatz wieder absenken dürfe oder ob die Überschüsse aus einem erhöhten Hebesatz bei einer Stärkungspaktkommune in die Schuldentilgung fließen müssten.

Für ihn stellen sich hier mehr Fragen als bloß die Suche nach einer gangbaren Lösung, um zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu gelangen. Er hält den vorgeschlagenen Weg für falsch und sieht seine Fraktion - ohne eine ausgiebige Vorberatung - nicht in der Lage über diese Vorlage abzustimmen.

Herr Kirschner bittet ebenfalls, die Absenkbarkeit von Hebesätzen bei Stärkungspaktkommunen durch die Bezirksregierung auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen. Er hofft auf eine Erklärung bis zum nächsten Finanzausschuss am 18.06.2015. Weiterhin schlägt Herr Kirschner vor, auch künftig solche Vorlagen und Vorschläge, deren Rechtmäßigkeit aus Sicht von Verwaltung oder Politik zweifelhaft ist, der Bezirksregierung im Vorfeld mit der Bitte um fürsorglichen Hinweis betreffend der Rechtmäßigkeit bzw. Genehmigungsfähigkeit zur Kenntnis zu geben.

Herr Schweinsberg informiert, dass nur Beschlüsse aus dem Ausschuss an die Aufsicht gegeben werden sollen, da die Aufsicht keine unnötige Mehrarbeit produzieren möchte.

Herr Kirschner weist darauf hin, dass nach seinem Verständnis das Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg vom 27.05.2015 gerade dahingehend zu verstehen sei, dass die Bezirksregierung vor einer möglichen Beschlussfassung über Vorschläge informiert wird, um zu deren Genehmigungsfähigkeit Stellung zu nehmen. Dies entspreche nach Auffassung von Herrn Kirschner ohnehin der Fürsorgepflicht einer Aufsichtsbehörde, sei vorliegend aber ausdrücklich so erbeten worden.

Frau Burbulla (Fraktion - DIE BÜRGER) zeigt sich irritiert darüber, dass die Vorschläge, die bereits im Rahmen der interfraktionellen Runde abgelehnt worden seien, hier wieder vorgelegt würden. Sie sehe keine Nachhaltigkeit in den Maßnahmen der Verwaltung. Nachdem ihre Fraktion mehrfach Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht habe, könne sie dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Gießwein (Fraktion – DIE GRÜNEN) merkt an, dass die Vorlage nicht rechtzeitig zur Fraktionssitzung vorgelegen habe und somit eine Beratung nicht erfolgen konnte. Er bittet um Klärung, ob der Haushaltsentwurf zum Zeitpunkt des gemeinsamen Gesprächs bei der Bezirksregierung genehmigungsfähig gewesen sei, wie die SPD-Fraktion erklärt habe. Aus seiner Sicht sei bei den Zahlen für den Haushalt 2015 immer noch Einsparpotential vorhanden.

Herr Lenz (CDU-Fraktion) betont nochmals, dass die geplanten Hebesätze für 2016 ff nicht Realität werden dürfen. Das Ziel müsse sein, die nicht anerkannten Maßnahmen anzugehen und nachzuarbeiten unter der Voraussetzung, dass eine Steuererhöhung ausgeschlossen sei.

Zu den Rückstellungen fragt er nach, ob eine Auflösung derselben nicht als Ergebnisverbesserung für den Haushalt genutzt werden könne.

Frau Müller (stellvertretende Leiterin FB 3) erläutert die Voraussetzungen zur Bildung von Rückstellungen. Wenn eine Instandhaltungsrückstellung gebildet worden sei und sich nachträglich herausstelle, dass diese Instandhaltung nicht durchgeführt werde, müsse diese Rückstellung ergebniswirksam aufgelöst werden. Gleichzeitig müsse aber auch der Wert des Gebäudes, an dem diese Instandhaltung hätte vorgenommen werden sollen, überprüft werden. Da keine Instandhaltung stattgefunden habe, habe sich auch der Wert über den normalen Abschreibungswert hinaus verschlechtert und es müsse gegebenenfalls eine Sonderabschreibung vorgenommen werden. Somit würden sich im Jahresabschluss die Wertanpassung am Gebäude und die Erträge aus der Auflösung der Instandhaltungsrückstellung aus haushaltswirtschaftlicher Sicht gegenüber stehen und ausgleichen.

Nach ausführlicher Diskussion und inzwischen mehrheitlich ablehnendem Tenor zur Sitzungsvorlage stellt Herr Lenz den Antrag, die Vorlage in den nächsten Finanzausschuss am 18.06.2015 zu vertagen.

Herr Kirschner stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

### **Vertagungsantrag:**

Diese Sitzungsvorlage SV 129/2015/1 wird in die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 18.06.2015 vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

## **6 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung**

Frau Dr. Hortolani (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach der Höhe der Sozialausgaben der Stadt Schwelm und bittet um eine Aufstellung der Zahlen für die letzten Jahre für eine der kommenden Sitzungen.

Frau Lubitz (Fraktion – DIE LINKE) fragt, ob die Verwaltung den Hebesatz der Gewerbesteuer zu Konsolidierungszwecken anheben würde und bittet um eine Auskunft im nächsten Finanzausschuss.

Herr Kirschner weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine politische Frage handele, die über einen entsprechenden Antrag auf Anhebung eingebracht und diskutiert werden könne.

Ein entsprechender Antrag wurde im Rahmen der Sitzung durch Frau Lubitz (Fraktion – DIE LINKE) nicht gestellt.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 8 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 02.07.2015	Schriftführerin  gez. Bach	Vorsitzender  gez. Kirschner
-------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------